



### Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Das Raumordnungsverfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt ist in seine heisse Phase getreten. Bisher sind beim Regierungspräsidium Darmstadt über 45.000 Einwendungen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern aus der Region eingegangen – ein Signal aus der Bevölkerung, den Flughafen nicht auszubauen, wie es deutlicher nicht sein könnte.

Anfang Februar übergaben die Bürgermeister der Zukunft Rhein-Main-Kommunen ihre einhellig ablehnenden Stellungnahmen. Nun ist das Regierungspräsidium an der Reihe, diese Einwendungen zu bewerten und dann zu entscheiden, ob der geplante Ausbau raumverträglich ist oder – wie ich meine – nicht.

Die Prüfung der von der Fraport AG eingereichten Unterlagen durch unsere Fachleute hat gravierende fachliche Mängel und Widersprüche in den Ausbauplänen an den Tag gebracht. Einige Beispiele hierfür finden Sie in dieser Ausgabe des Extrablattes näher beleuchtet.

Entschieden zu kurz kommt in den Fraport-Unterlagen auf jeden Fall das Thema Sicherheit. Bei einer Realisierung der favorisierten Nordwest-Variante läge das Kelsterbacher Chemiewerk direkt in der Einflugschneise. Auch die geplante Errichtung eines Güterverkehrszentrums auf dem ehemaligen Caltex-Gelände wäre dann nicht mehr möglich. Unter dem Strich stehen also erhebliche Arbeitsplatzverluste bzw. es können erst gar keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen.

Meine Forderung gilt deshalb unverändert: Keine neuen Start- und Landebahnen für den Flughafen, in welcher Variante auch immer. Stattdessen Suche nach intelligenten Alternativen. Das ROV ist ohne wenn und aber einzustellen.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr Enno Siehr  
Landrat des Kreises Groß-Gerau

## Gutachten unbrauchbar

Ein Ausbau des Rhein-Main-Airports würde **400.000 Menschen** erheblichen Lärmbelastungen aussetzen – **Zweifel an Berechnungen**

### Alle Bewohner des Rhein-Main-Gebietes wissen aus eigener Erfahrung:

Bislang hat jeder Ausbauschritt am Frankfurter Flughafen die Lärmbelastung weiter ansteigen lassen. Die jetzigen Ausbaupläne würden da keine Ausnahme bilden.

Um die Folgen einer Erweiterung abschätzen zu können, hat die Fraport AG verschiedene Untersuchungen zum Thema Fluglärm durchführen lassen. Zu einer ehrlichen Belastungsanalyse für die Region führte dies aber nicht - ganz im Gegenteil. Im Fluglärmgutachten selbst heißt es, dass „die Berechnungen in größerer Entfernung vom Flughafen oft auch nicht annähernd zutreffende Lärmkonturen ergeben.“

Auf eben diesen Berechnungen aber baut die Fraport AG ihre Einschätzung zur Zahl der vom Fluglärm betroffenen Menschen auf. Wenn schon die Lärmwerte mit Fehlern behaftet sind, dann gilt dies auch für die Anzahl der Betroffenen. Zufall dürfte kaum dahinterstehen.

Bei vielen Gebieten im Flughafenumfeld wurden für die Berechnungen der Fraport AG Unsicherheiten von rund vier Dezibel nachgewiesen. Das einzig sichere Ergebnis der Fluglärmuntersuchungen ist daher, dass nach einem Ausbau mindestens 400.000 Menschen Lärmpegeln aus-

gesetzt wären, die in Wohngebieten nicht überschritten werden sollten.

Antworten auf Fragen zu den gesundheitlichen Auswirkungen oder Vorschläge zur Lärmminimierung sucht man in den 17 Ordnern der Fraport AG zum Raumordnungsverfahren jedoch vergeblich. Dort wird lapidar erklärt, dass die Auswahl der vermeintlich günstigsten Variante Maßnahme genug sei. Außerdem vertraut die Fraport auf technische Verbesserungen an den Flugzeugen.

400.000 Menschen im Rhein-Main-Gebiet, die erheblichen Fluglärmbelastungen ausgesetzt werden sollen, sind zu viel! Ein Flughafenbetreiber mit Eigentümern wie dem Land Hessen, der Stadt Frankfurt und der Bundesrepublik Deutschland muss mehr Verantwortung für die Menschen in der Region zeigen, als darauf zu vertrauen, dass Flugzeuge leiser würden. Den Betroffenen erscheint eine solche Haltung jedenfalls als blanker Hohn.

Die in der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ zusammengeschlossenen Kommunen haben das Regierungspräsidium auch deshalb aufgefordert, die Unterlagen der Fraport AG als völlig unzureichend zurückzuweisen - denn „raumverträglich“ ist keine der vorgeschlagenen Varianten. ■



Gute Nacht in Rhein-Main: Ist das die Zukunft unserer Region?

# LKW-Konvoi nach Darmstadt

**Grosses Medieninteresse** bei Übergabe der Stellungnahmen zum Raumordnungsverfahren durch Kommunen der Initiative „Zukunft Rhein-Main“

**Regierungspräsident Gerold Dieke zeigte sich überrascht, der Darmstädter Luisenplatz bot ein ungewöhnliches Bild:**

Zur Übergabe ihrer Stellungnahmen zum geplanten Flughafen-Ausbau hatten sich die in der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ engagierten Kommunen etwas Besonderes einfallen lassen.

Vom Walldorfer Festplatz aus rollte ein Lastwagenkonvoi nach Darmstadt, wo auf

dem Luisenplatz schließlich an die 20 Bauhoffahrzeuge vor dem Gebäude des Regierungspräsidiums parkten. Gemeinsam mit zahlreichen Bürgerinitiativen verdeutlichten die politischen Vertreter der Kommunen, dass sich die Region in ihrer ablehnenden Haltung zum Flughafenausbau nicht auseinanderdividieren lässt.

Groß-Geraus Landrat Enno Siehr äußerte gegenüber Dieke die Hoffnung auf ein „faïres

Verfahren“, das notfalls auch richterlich überprüft werden müsse. Außerdem appellierte Siehr, der Region die mit einem Ausbau verbundenen Umwelt- und Gesundheitsbelastungen zu ersparen. Stattdessen sollte nach vernünftigen Alternativen gesucht werden. Ihre Forderung nach einer Einstellung des Raumordnungsverfahrens begründeten die Vertreter der betroffenen Kommunen mit formalen Fehlern in den Unterlagen und zahlreichen fachlichen Mängeln. ■

## Kanal voll?

Neu organisieren möchte die Fraport AG ihre Schmutzwasserentsorgung - ganz gleich, ob ein Ausbau kommt oder nicht. Im Süden des Geländes anfallendes Schmutzwasser will die Fraport AG in der Kläranlage auf dem Gelände der US-Airbase behandeln lassen und dann in den Gundbach einleiten, der rund 60 % mehr Wasser (entspricht der Größenordnung einer Stadt wie Mörfelden-Walldorf) aufnehmen soll - eine unrealistische Annahme. Die Kommunen in der Region würden in ihrer Entwicklung gehemmt, wenn die Fraport AG für ihre Bauvorhaben das gesamte Gewässersystem ausschöpft. Zu bedenken ist auch, dass die Kanäle schon jetzt stark belastet sind und die Grundwassersituation genügend Probleme bereitet.



Umlagert von Medienvertretern: Groß-Geraus Landrat Enno Siehr und Regierungspräsident Gerold Dieke auf dem Darmstädter Luisenplatz.

## Über 300 ha Waldverlust!

Nach dem Bau der Startbahn West sollte eigentlich kein weiterer Baum mehr für den Flughafen fallen. Diese Zusage gilt allerdings schon längst nicht mehr, und auch die Angaben zum Waldverlust in den Unterlagen der Fraport AG zum Raumordnungsverfahren sind widersprüchlich und deshalb nicht glaubhaft.

Ungeachtet mancher Ungereimtheiten zeichnet sich allerdings ab, dass mit größeren Waldverlusten als beim Bau der Startbahn West (300 Hektar) zu rechnen ist. Je nach Ausbauvariante gingen zwischen 354 und 582 Hektar Wald verloren. Zum Vergleich: 400 Hektar entsprechen etwa 520 Fußballfeldern! Die Problematik der verbleibenden Waldinseln und deren Funktionsverlust wird in den Unterlagen der Fraport AG darüber hinaus nicht einmal erörtert.



Eindeutiges Signal der Region: Auch die Bürgerinitiativen waren bei der Übergabe der Stellungnahmen mit von der Partie.

# 15.000 Arbeitsplätze gefährdet

Die **Jobversprechungen** der Fraport AG erweisen sich mehr und mehr als **Mogelpackung**. Unter dem Strich bliebe bestenfalls ein leichtes Plus

Von den ursprünglich 50.000 neuen Arbeitsplätzen, die eine Flughafenerweiterung bringen sollte, ist schon längst keine Rede mehr. In ihren Unterlagen spricht die Fraport AG mittlerweile von 18.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen auf dem Flughafen-Gelände. Wie viele davon wirklich „neue“ Arbeitsplätze sind, scheint fraglich, denn die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus der Region auf das Airport-Gelände erfasst die Fraport in ihrer Rechnung nicht.

Noch viel schwerwiegender ist allerdings die Tatsache, dass bei einem Ausbau des Flughafens auch Arbeitsplätze wegfallen oder nicht entstehen können. Auch hiermit beschäftigt sich die Fraport AG nicht - aus verständlichen Gründen. Wenn den Versprechungen des Flughafenbetreibers die wahrscheinlichen Folgen in puncto Arbeitsplätzen gegenübergestellt werden, verbleibt gerade einmal ein Plus von 3000 Jobs – und das bei einer erheblichen Lärmbelastung für 400.000 in der Region lebende Menschen.

Beim Bau einer neuen Bahn im Kelsterbacher Wald wird das Kelsterbacher Gewerbegebiet Taubengrund und ein Chemiewerk mit jeweils rund 1000 Arbeitsplätzen nicht mehr nutzbar sein. Im Ausbaufall müssten bei dem Chemieunternehmen, das dann genau in der Einflugschneise und teilweise im Sicherheitsbereich der Landebahn läge, Werksgebäude und Schornsteine abgerissen werden, da sonst die Überflughöhen nicht eingehalten werden könnten.

Betroffen von einer Flughafenerweiterung wäre auch der Entwicklungsbereich Mönchhof auf dem Gebiet der Städte Raunheim und Kelsterbach. Von den hier vorgesehenen 12.000 Arbeitsplätzen müsste sich die Region bei einer Realisierung der Nordwestbahn mehr oder weniger komplett verabschieden. Gänzlich gefährdet scheint darüber hinaus die Zukunftsperspektive des ehemaligen Caltex-Geländes zwischen Raunheim und Kelsterbach, wo durch den

Bau eines Güterverkehrszentrums etwa 1200 Arbeitsplätze entstehen sollten. Bauhöhenbeschränkungen lassen dies mehr als fraglich erscheinen.

In der Summe ergeben sich beim Bau einer Nordwestbahn keine überzeugenden Arbeitsplatz-Argumente für einen Ausbau. Ähnlich sieht es auch für die Süd- und Nordostvariante aus - die Zeche zahlt auf jeden Fall die gesamte Region. ■



In der Einflugschneise: Das Kelsterbacher Chemiewerk Ticona müsste beim Bau einer Nordwestbahn teilweise abgerissen werden.

## Nachtruhe in Rhein-Main?

Auch ein **„Nachtflugverbot“** von 23 bis 5 Uhr bringt für die Bevölkerung zusätzliche Lärmbelastungen

Etlichen Bewohnern des Rhein-Main-Gebietes passiert es ständig: Nachts werden sie plötzlich wach - weil wieder einmal eine laute Maschine über ihren Köpfen hinwegdonnert. Den lärmgeplagten Menschen wird von den Ausbaubefürwortern nun gebetsmühlenartig versprochen, dass nur eine Erweiterung Abhilfe schaffe, da diese ja mit einem „Nachtflugverbot“ von 23 bis 5 Uhr verknüpft sei.

Eine Verringerung des Fluglärms ist jedoch nicht zu erwarten, stattdessen werden die Belastungen weiter ansteigen. Zum einen erfasst das sogenannte „Nachtflugverbot“

nur die planmäßigen Flugbewegungen, während die hohe Anzahl außerplanmäßiger Flüge keine Berücksichtigung findet. Zum anderen soll die Zahl der Nachtflüge sogar auf 150 oder mehr erhöht werden, die sich auf die Randstunden von 22 bis 23 Uhr und von 5 bis 6 Uhr konzentrieren. Von der ebenfalls sensiblen Zeit zwischen 20 und 22 Uhr, in der Schulkinder zu Bett gehen, ist überhaupt keine Rede. Auch hier wird die Belastung drastisch steigen. Erstaunlich mutet zudem an, dass in den Unterlagen der Fraport AG für den Planungsfall 2015 sehr wohl Flugbewegungen zwischen 23 und 5 Uhr dargestellt werden. ■



Ungestört schlafen – davon können die Menschen in den Kommunen um den Flughafen nur träumen.

# Risiken beschönigt

Ein Risikogutachten sollte, so lässt sich annehmen, eigentlich alle denkbaren Gefährdungen einbeziehen. Betrachtet man allerdings die Unterlagen der Fraport zu Risiken, dann legt sich der Verdacht nahe, dass mögliche negative Folgen schlicht ignoriert werden.

Weder zu den Eindrehbereichen im Landeanflug noch zum Flughafenbereich selbst, dem nahegelegenen ICE-Bahnhof oder den benachbarten Gewerbegebieten finden sich Aussagen für den Fall des Absturzes einer Maschine. Ignoriert wird auch ein Chemiewerk direkt an der geplanten Nord-

westbahn, überhaupt nicht einbezogen werden ferner die Atomanlagen in Hanau und Biblis!

Nicht vergessen werden sollten auch die Folgerisiken eines Ausbaus. Zusätzliche Unfälle sind durch eine angenommene Steigerung des Autoverkehrs zum Flughafen um immerhin 64 Prozent zu erwarten, doch in den Unterlagen der Fraport AG spielt dies keine Rolle. Zusätzliche Erkrankungen durch Umweltbeeinträchtigungen werden ebenfalls nicht berücksichtigt, was den Schluss nahelegt, dass mögliche Folgen unter der Decke gehalten werden sollen. ■

## Terminplanung fragwürdig

Für die **Gemeinde Nauheim** mit knapp 11.000 Einwohnern könnte ein Ausbau zu einer Verschärfung der Grundwasserproblematik führen. Ein Gespräch mit Bürgermeister Helmut Fischer (56/CDU).

**EB: Herr Fischer, die Gemeinde Nauheim hat eine ablehnende Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren (ROV) abgegeben. Weshalb?**



Helmut Fischer: Die Gemeinde Nauheim hat eine Lärm-minderungsplanung in Auftrag gegeben und vom 19.06. bis 08.08.2001 an einem markanten Punkt innerhalb des Gemeinde-

gebietes Schallmessungen vornehmen lassen. Beauftragt wurde Herr Dr. Kühner, einer der namhaftesten Experten auf dem Gebiet der Schallphysik. Der Gutachter bestätigte, nach den vorliegenden Messergebnissen, dass sowohl bei Tag als auch bei Nacht erhebliche Überschreitungen des zulässigen Lärmpegels festgestellt wurden. Für die Nauheimer Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies eine nicht unerhebliche Einschränkung der Lebensqualität. Die vorliegenden Messergebnisse zeigen einen insgesamt unzumutbaren Anstieg des Fluglärms für unsere Gemeinde auf.

**EB: Gibt es für Nauheim im Hinblick auf die geplante Flughafenerweiterung weitere kritische Punkte?**

H.F.: Da wäre zum einen die völlig ungeklärte Frage, was geschieht mit dem Abwasser, das von einem erweiterten Flughafen entsorgt werden muss. Bekanntermaßen hat Nauheim große Probleme mit hohen Grundwasserständen. Eine Erhöhung des Grundwasserspiegels um nur 10 cm

kann in einigen Nauheimer Wohngebieten zu weiteren Vernässungsschäden führen. Die Planunterlagen der Fraport AG im ROV lassen vermuten, dass man dieser Problematik zu wenig Bedeutung beigemessen hat. Auch die Rodung von ca. 350 bis 600 Hektar Wald je nach Ausbauvariante mitten im dicht genutzten Rhein-Main-Ballungsraum ist nicht hinnehmbar.

**EB: Was sind die nächsten Schritte im Verfahren?**

H.F.: Der nächste Schritt wird der Erörterungstermin im ROV vom 08. bis zum 19.04. sein, bei dem wir zusammen mit der Stadt Mörfelden-Walldorf durch den gleichen Anwalt vertreten werden. Dass seitens des Regierungspräsidiums bereits jetzt Termine zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens genannt werden, erscheint im Hinblick auf die Anzahl und die Qualität der Einwendungen im ROV fragwürdig.

**EB: Wie stehen Sie zur Forderung nach einer Einstellung des Verfahrens?**

H.F.: Die Unterlagen, die von der Fraport AG im ROV vorgelegt wurden, sind derart unzureichend, dass in jedem Fall umfangreiche Nachbesserungen und Ergänzungen nötig sind. Für den weiteren Verlauf des ROV wird es notwendig sein, alle Widersprüche und Unklarheiten zu den Planunterlagen einer eingehenden Klärung zu unterziehen.

**EB: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.**

## Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG  
Ausbauprogramm Flughafen  
60547 Frankfurt/Main  
Infotelefon/Fluglärmteléfono: 0800/2345679  
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau  
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafen-ausbau“  
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau  
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau  
Telefon: 06152/989142  
E-Mail: wubf@kreisgg.de  
www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)  
Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums  
Im Eichsfeld 4, 65428 Rüsselsheim  
Telefon: 06142/798791  
www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen  
„Keine Flughafenerweiterung“  
Winfried Heuser  
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main  
Telefon: 069/355464  
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de  
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main  
c/o Bürogemeinschaft 42  
Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55118 Mainz  
Telefon: 06131/611973

BUND LV Hessen  
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt  
Telefon: 069/6773760  
Thomas Norgall  
E-Mail: thomas.norgall@bund.net  
www.bund-hessen.net

BUND LV Rheinland-Pfalz  
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz  
Telefon: 06131/231973  
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)  
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau  
Telefon: 06152/989864  
E-Mail: kag-ffm@gmx.de  
www.kag-flughafen-ffm.de



Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

### Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de  
www.ig-fluglaerm.de  
www.mediation-flughafen.de  
www.profutura.net  
www.rm-institut.de

Impressum  
Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau  
Presse- und Informationsamt